

Energiewende Rheinenergie plant neue Windräder und Solaranlagen

Frischer Wind

Die Rheinenergie will neun Räder in Köln bauen – allesamt im Norden der Stadt

VON RALF ARENZ
UND MICHAEL FUCHS

Es wäre ein Novum für Köln. Bis zu neun Windräder, jedes rund 200 Meter hoch, will die Rheinenergie in Köln errichten. „Wir können nicht im ganzen Land Windparks kaufen, bauen oder betreiben und dann in Köln und im Umland nichts tun“, sagte Rheinenergie-Chef Dieter Steinkamp bei der Vorlage der Unternehmensbilanz 2021. Im Stadtgebiet sollen auch zahlreiche Photovoltaik-Anlagen entstehen (siehe unten).

Alle neun Windräder sind im Stadtbezirk Chorweiler im Kölner Norden geplant. In einem internen Papier der Rheinenergie für die Politik, das der Rundschau vorliegt, sind dafür drei potenzielle Flächen in Roggendorf/Thenhoven sowie in Worringen benannt (siehe Grafik). Die Rotoren der Windräder sollen 150 Meter Durchmesser haben. Jede Anlage hat eine Leistung von fünf bis sechs Megawatt und produziert 12 000 Megawattstunden Strom pro Jahr, genug für etwa 4000 Haushalte. Das spart rund 6000 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr.

Drei Windräder könnten südlich von Roggendorf neben der A57 entstehen, ebenfalls drei nord-westlich davon am Randkanal. Für weitere drei Anlagen sieht die Rheinenergie Platz zwischen Rhein und Bundesstraße 9 zwischen Langel und Worringen.

Das Problem: Der gültige Flächennutzungsplan sieht bislang an keiner dieser Stellen eine Windnutzung vor. Die ist vielmehr im Kölner Südwesten in Marsdorf geplant. Dort hatte der Stadtrat 2005 eine Windkraftkonzentrationszone beschlossen – jedoch nur mit dem Ziel, den Bau von Windrädern in Köln generell zu verhindern. Denn die Fläche bei Gut Horbell bot zu wenig Windpotenzial für die seinerzeit üblichen Anlagen. Dass sie als Konzentrationszone ausgewiesen wurde, führte dazu, dass die Stadt seitdem im gesamten übrigen Stadtgebiet keine Baugenehmigungen für Windräder ausstellen muss.

Der Rat müsste die Zone zuerst aufheben, dann wären überall Windräder möglich, soweit dies der Regionalplan der Bezirksregierung, der Flächennutzungsplan sowie Abstands- und Naturschutzregeln erlauben.



In Sichtweite: Windräder nahe Berlin-Marzahn.

Foto: dpa

KOMMENTAR

Eine Aufgabe für die gesamte Stadt

Jens Meifert
zu den Plänen für neue Energie



17 Jahre lang war das Thema Windkraft in Köln tot. Nun hat sich der Wind gedreht, mit dem Klimawandel ist die Energiewende eine Aufgabe für alle. Die Rheinenergie will neun Anlagen bauen, dazu Flächen mit Photovoltaikanlagen ausstatten. All das ist richtig und überfällig.

Natürlich darf grüne Energie nicht nur im Umland in Auftrag gegeben werden. Genauso richtig ist: Die Klimawende eine Aufgabe für die ganze Stadt. Es kann nicht sein, dass der ohnehin durch Industrie belastete Norden einseitig in die Pflicht genommen wird und alle Anlagen in einem Stadtbezirk stehen. Zumal die Photovoltaik-Platten ebenfalls vor allem im Norden ausgebreitet werden sollen. Die Stadt muss nachweisen, wo in allen Bezirken Potenziale für grüne Energie liegen. So schnell wie möglich.

koeln@kr-redaktion.de

Die Standorte



Auch die Aufhebung und eine Ausweisung neuer Zonen zur Windkraftnutzung ist möglich. Das dauert aber wohl drei Jahre.

Die Rheinenergie hat sich laut Steinkamp ausreichend Flächen in Köln gesichert, um zügig Windräder bauen zu können. Je nach Ausgestaltung der Abstandsregeln seien das drei bis neun Anlagen. „Jetzt brauchen wir umgehend klare Unterstützung durch die Stadt bei Genehmigungsverfahren, wir brauchen das Plazet der Naturschutzverbände, und wir benötigen die Bürger, die ‚Ja!‘ sagen zu einer grüneren und nachhaltigeren Rheinenergie“, so Steinkamp. Den Bürgern könnte das

„Ja“ erleichtert werden durch eine Beteiligung am Ertrag der Anlagen etwa in Form von Bürgerwindparks oder Anleihen.

Thomas Welter (CDU), der als Vertreter des Kölner Nordens im Stadtrat sitzt, kritisiert dass die Rheinenergie nur im Norden Windräder plant. „Wir brauchen mehr erneuerbare Energie. Es kann aber nicht sein, dass der Stadtbezirk Chorweiler als einziger die Last trägt. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch andere beteiligen müssen.“ Welter plädiert dafür, das Gespräch mit den Nachbargemeinden zu suchen, da das Windpotenzial in Köln ohnehin geringer sei als im Umland.